

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halber, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönfahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halber.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halber.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber.

Nr. 283

— Erscheint wöchentlich 5 mal. —
Bezugspreis: monatlich 250.— M.

Halber

Freitag, den 8. Dezember 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 10.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 30.— M.,
Offerten-Befolgung 20.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler hat mit den Ministerpräsidenten der Länder über die politische Lage beraten. Die von Poincaré verlangte Einigung für die Zwischenfälle in Bayern soll abgelehnt werden.

* Reichsfinanzminister Dr. Hermes kündigte im Steueraus- schuß des Reichstages einschneidende Änderungen des Einkommensteuergesetzes an.

* Die beiden wegen des Anschlages auf Scheidemann an- geklagten Täter wurden in Leipzig zu je 10 Jahren Zuch- haus verurteilt.

* Man rechnet nunmehr mit dem Beginn der Brüsseler Kon- ferenz zum 18. Dezember. Da alle Reparations-Gläubiger- staaten vertreten sein sollen, glaubt man, daß in Brüssel auch Rumänien, Griechenland und Portugal vertreten sein werden.

* Die belgische Regierung erklärt, daß Belgien zur Einbe- rufung der Brüsseler Konferenz bereit sein werde, falls Gewißheit besteht, daß eine Verständigung möglich ist.

* Der amerikanische Botschafter in London warnte die En- tente vor einem ergebnislosen Verlauf der Brüsseler Konferenz.

* Die Generale Protogerow und Theodor Alexandrow haben mit 15 000 mazedonischen Emigranten Stadt und Kreis Kuestenbil besetzt. Der Verkehr mit Sofia ist unterbrochen, der Ausnahmezustand proklamiert.

Amerikas Mahnruf.

Wir stehen abermals am Vorabend wichtiger Be- sprechungen und Konferenzen. In London kommen die Ministerpräsidenten Frankreichs, Belgiens und Italiens mit dem neuen Oberhaupt der britischen Regierung zu- sammen, um wieder einmal einen Einigungsversuch in der Reparationsfrage zu machen, und die internationale Konferenz von Brüssel wird danach auch nicht mehr lange auf sich warten lassen, da man das Jahr 1922 nicht gut zu Ende gehen lassen kann, ohne gemeinsam zu über- legen, was nachher mit Deutschland geschehen soll.

In diesem Augenblick hat der amerikanische Bot- schafter in London, Mr. Harvey, die Gelegenheit eines Abessens wahrgenommen, um die gesamte Welt noch ein- mal auf die große Gefahr hinzuweisen, der sie gegenüber- steht. Die Zusammenkunft der vier alliierten Premier- minister Ende dieser Woche ist, so sagte er, die bedeutendste Begegnung, die seit 1918 stattgefunden habe. Er begrün- dete diese übertragene Bewertung der Londoner Konferenz in der Weise, daß er meinte, es gäbe außer Krieg noch andere Wege, um internationale Katastrophen herbeizu- führen. Es gäbe z. B. solche Dinge wie das Aus- hungern von Nationen durch andere. Wenn die vier Premierminister jetzt nicht eine Lösung fänden, so wisse er nicht, was den Kontinent Europa vor dem Zusammen- bruch retten solle. Noch ein weiteres Jahr könne Europa unter dieser Drohung nicht weiter- leben. Innerhalb der nächsten Wochen müsse in London eine internationale Vereinbarung erzielt werden. So wie bisher könne es auch nicht ein ein- ziges Jahr weitergemacht werden. Es müsse eine internationale Regelung der Wirtschaftsfragen statt- finden. Das Schicksal und die zukünftige Wohlfahrt von Millionen Menschen hänge von dem Ergebnis der Minister- zusammenkunft ab. Trete diese nicht für die Zivilisation ein, so würden alle untergehen. Nur wenn die vier Männer, die sich jetzt dieses Stelldichein geben, im Geiste der Duldsamkeit handelten, würde man wieder hoffen können, und Amerika werde vielleicht in der Lage sein, ihre Beschlüsse zu beeinflussen.

Ersistere Worte sind von amerikanischer Seite gegen- über der europäischen Krise wohl noch niemals zur An- wendung gekommen. Die scheinbare Untätigkeit, mit der das offiziöse Amerika den konvulsischen Zuständen inner- halb der Völkergemeinschaft der alten Welt zusieht, hat es nicht verhindert, allen Verhandlungen und Bemühungen um eine Besserung der internationalen Beziehungen mit größter Aufmerksamkeit zu folgen und hier und da auch hinter den Kulissen mit guten Ratschlägen zu helfen, sofern sie erbitten wurden. Letzten Endes aber muß Amerika die entscheidenden Entschlüsse natürlich den nächstbeteiligten Völkern selbst überlassen. Man weiß in Washington nur zu gut, daß alle Genmnisse auf dem Wege zum Frieden von Paris ihren Ausgang nehmen, und daß Frankreich, wenn überhaupt, so nur durch einen entschlossenen Wider- stand seiner Alliierten von der Bahn des Verderbens ab- gedrängt werden könnte, auf die es sich begeben hat. Daß jetzt die Tage der Entscheidung für Deutschland wie für Frankreich und damit für ganz Europa gekommen sind, ist eine Empfindung, die ganz allgemein geteilt wird. Wenn ihr der amerikanische Botschafter in London in so außer- ordentlich bemerkenswerten Worten Ausdruck gegeben hat, so geschah es ganz gewiß ausschließlich zu dem Zweck, der Menschlichkeit (wenn das unter der Herrschaft Poincarés noch möglich ist) einen Dienst zu leisten. Auch der frühere Staatssekretär der Vereinigten Staaten unter Wilson, Tumulty, der von einer längeren Studienreise in Deutschland nach Amerika zurückgekehrt ist, hat seiner Mei- nung über unsere kritische Lage dahin Ausdruck gegeben, daß sie sich in sechs Monaten entscheiden werde. Wenn die Reparationsfrage nicht rasch gelöst werde, so glaube er, daß eine Katastrophe von unberechenbaren wirt- schaftlichen Folgen das Ergebnis sein werde. Und um noch ein drittes Zeugnis für die Denkwürdigkeit der Amerikaner beizubringen, sei hinzugefügt, daß das Kongressmitglied A. B. von der Vorführung der Kommission für militärische Angelegenheiten, in einer Rede im Repräsentantenhaus das von Frankreich angestrebte Bündnis gegen einen deut- schen Angriff bestimmt abgelehnt hat. Er habe schon 1919 den Leitern der französischen Politik gesagt, die amerika- nischen Frauen würden es ablehnen, ihre Söhne zur Ver- teidigung der Grenzen Frankreichs wegzugeben, da doch keine französische Mutter ihre Kinder zur Verteidigung der

Grenze Amerikas großziehen. Herr Clemenceau kann also ruhig seine Koffer wieder packen und nach Europa zurück- kehren; alle seine Reden über das arme, schutzlose Frank- reich haben gar nichts gefruchtet.

Aber wir fürchten sehr, daß auch die amerikanischen Mahnungen an Frankreichs Adresse nichts fruchten werden. Nach den neuesten Meldungen aus Lausanne ist dort zwischen England und Frankreich endlich in der Meer- engenfrage eine grundlegende Übereinstimmung der An- sichten zustande gekommen, im großen und ganzen auf der Linie der britischen Politik, woraus zu folgern wäre, daß England in der Reparationsfrage sich den französischen Anforderungen nähern oder anschließen werde. Eine Vorbereitung dazu konnte man schon in den letzten Ankerun- gen Bonar Law's im Unterhaus erblicken, wo er sich be- mühte, das britische Interesse am Wiederaufbau Mittel- europas als verhältnismäßig nebensächlich zu kennzeichnen. England habe sich schon früher zeitweise ohne den kontinen- talen Markt behelfen müssen. Und ebenso gut wie Amerika trotz des europäischen Zusammenbruchs lebe und gedeihe, ebenso gut müßte auch das britische Königreich, wenn es nicht anders ginge, dem frieblosen Kontinent den Rücken kehren. Mit anderen Worten: Wenn Frankreich und Deutschland sich nicht verständigen können, dann müssen wir eben beide ihrem Schicksal überlassen. Warum sollen wir denn an ihrer Feindschaft mit verbluten? Uns steht noch die ganze Welt offen, machen wir also „business“, wo wir es sonst können. Wenn dies der Standpunkt sein soll, den England auf der Konferenz der Ministerpräsidenten zu vertreten gedenkt, dann können wir allerdings jede Hoffnung aufgeben. Dann wird auch Amerika weder hinter noch vor den Kulissen irgend etwas mehr für Europa und damit für die Welt tun können, so sehr auch die Nei- gung dazu, insbesondere seit der Übernahme der deutschen Regierungsgeschäfte durch den in der Neuen Welt bestens bekannten Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, gewachsen sein möchte. Herr Poincaré aber läßt, solange es noch Zeit ist, seine Blätter immer wieder mit neuen Reparationsplänen füllen, die er in London vorzulegen gedenkt, damit man nicht etwa glaube, daß er von vorn- herein alles auf Viegen oder Brechen anlege. Aber der Vorgeschnack, den wir mit der letzten Note der Botschafter- konferenz von den wahren Absichten dieses Mannes be- kommen haben, läßt gar keine Täuschung zu über das, was uns bevorsteht. Wappnen wir uns lieber beizeiten mit männlichem Geist, um auf alles gefaßt zu sein, was die nächsten Wochen uns bringen können.

Clemenceau vergeblicher Versuch an Harding.

In Begleitung des französischen Botschafters Jufferand erschien Clemenceau im Weißen Haus, wo er eine Be- sprechung mit Präsident Harding hatte, dem er seinen Herzenswunsch bekanntgab, daß Amerika aus seiner Reserve heraustreten und Frankreich beistehen möge. Harding legte ihm aber die Schwierigkeiten dar, die Amerika hätte, um sich für die europäischen Angelegenheiten zu inter- essieren.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der neue französische Botschafter in Berlin

hat dem Reichspräsidenten Ebert sein Beglaubigungs- schreiben überreicht. Der Botschafter de Margerie sagte dabei in einer Ansprache, Frankreich wolle in fried- licher Arbeit an der Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität Europas mitarbeiten. Er wolle sich bemühen, daß zwischen Frankreich und Deutschland im Rahmen des Friedensvertrages die Beziehungen wiederhergestellt und entwickelt werden, die für das Ein- vernehmen und den Fortschritt dieser neuen Welt unent- behrlich sind. Der Reichspräsident antwortete ihm u. a., wenn der Botschafter die sich schwerer und schwerer gestaltende Lage des deutschen Volkes unmittelbar auf sich wirken lassen werde, würde er Gelegenheit finden, mit seiner diplomatischen Erfahrung dem Frieden zu dienen.

Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder

haben in diesen Tagen in Berlin eingehende Besprechungen mit dem Reichskanzler über die gesamte politische Lage ge- habt, wobei Ernährungs- und Wirtschaftsfragen im Vordergrund standen. Dabei wurde vor allem auch die letzte Note Poincarés wegen der Vorfälle in Bayern be- raten. Das Kabinett wird in den nächsten Tagen einen Beschluß über die deutsche Antwort fassen. Voraussichtlich wird die Regierung in einem Entschuldigungs schreiben ihr Bedauern über diese Vorgänge ausdrücken, aber die For- derung nach Zahlung einer Strafe von einer Million Gold- mark ablehnen. Auch der Präsident des bayerischen Land- tages hat scharfen Protest gegen die Forderungen Poin- carés eingelegt.

Der deutsche Kohlentribut.

Die Lieferung deutscher Brennstoffe nach Frankreich und Luxemburg betrug in der Zeit vom 11. bis 20. No- vember (in Klammern die Ziffern der vorhergehenden Periode): Kohlen 118 100 Tonnen (122 600 Tonnen), Koks 169 900 Tonnen (178 100 Tonnen), Braunkohlen 22 500 Tonnen (19 100 Tonnen); also insgesamt 310 500 Tonnen (319 800 Tonnen).

Der sächsische Ministerpräsident wiedergewählt.

Im neuen sächsischen Landtage wurde der bisherige sozialistische Ministerpräsident Bud mit 49 sozialistischen und kommunistischen Stimmen wiedergewählt. 24 weiße Zettel wurden von den Demokraten und den meisten Volksparteilern abgegeben. Der demokratische Kandidat Hoffmann erhielt 18, der Volksparteiler Dr. Kaiser 3 Stimmen. Die Wiederwahl des Ministerpräsidenten Bud bedeutet zugleich die Fortsetzung des alten Systems

der sozialistischen Winderbeisregierung und die Wieder- ernennung sämtlicher bisheriger sozialistischer Minister.

Deutsch-Osterreich.

× Auflösung des Nationalrates? In den Wiener Blättern verdichten sich die Mitteilungen über die Auf- lösung des Nationalrates und Ausschreibung von Neu- wahlen im Anfang des nächsten Jahres. Es scheint, daß nach der erfolgreichen Erledigung des Sanierungs- programm ein Appell an die Wählerschaft den Nachweis erbringen würde, daß die weiten Schichten der Bevölkerung im Gegensatz zu den Behauptungen der Opposition für die Regierung seien.

Großbritannien.

× Lloyd George zur Arbeitslosenfrage. Lloyd George, der bei seinem ersten Auftreten im Unterhause lebhaft be- grüßt wurde, hat dort eine Rede über die Entwicklung der Landwirtschaft gehalten. Er wünschte eine ausführliche Untersuchung der Lage der Landwirtschaft im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Lloyd George sagte, er sei der Meinung, daß sogar die Wieder- herstellung der normalen Handelsbedingungen nicht dazu führen würde, eine größere Zahl der gegenwärtig Be- schäftigten zu absorbieren. Die einzige Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit sei eine eingehende Behand- lung des landwirtschaftlichen Problems. Bonar Law war darin allerdings anderer Ansicht.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Vor dem Reichsrat und dem Reichstagsausschuß lechzte der Reichspostminister seine schon bekannten Reform- pläne für das Postwesen wiederholt dar.

London. Der König hat das Gesetz betr. die Verfassung für Irland befähigt, nachdem sie von beiden Häusern des Parlaments angenommen war.

Madrid. Der König hat Marquis de Alhucemas mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragt. Er verhandelt mit dem Grafen Romanones und der liberalen Koalition, deren Vorsitzender er ist.

Preussischer Landtag.

(276. Sitzung.)

OB. Berlin, 5. Dezember.

Zuerst wurde eine größere Zahl kleiner An- sachen erledigt. Einige davon verdienen besonders hervorgehoben zu werden. So fragte der Abg. Schult-Bromberg (Deutschn.) nach der Auffassung der Reichsregierung, die nach den Mitteilungen in der Reichstagsitzung vom 20. Oktober gegen das Leben des damaligen Reichskanzlers Dr. Bismarck angezettelt sein sollte. Ein Regierungsvertreter erwiderte, daß am 16. 10. in Hagen i. Westf. ein junger Mann selbst sich der Teilnahme an einer solchen Verhöhnung bezichtigte. Die Ermittlungen ergaben, daß diese Selbstbezichtigung falsch war. Weiter wies der Abg. Schiffer (Dem.) darauf hin, daß die poli- tische Regierung durch die Unterlassung der Einrichtung von Kinderheimschulen im abgetretenen Obereschleien das Genier Abkommen vom 15. Mai d. J. verletz habe. Ministerialdirektor von Malsahn antwortete, die deutsche Re- gierung werde darauf bedacht sein, daß die Rechte der deutschen Minderheiten nicht verletzt werden. Der Gegenwurf über das Ruhegehalt des Reichspräsidenten wurde dem Haushalts- ausschuss überwiesen; die Nachtragssatz des Reichspräsi- denten, des Reichskanzlers, des Reichswirt- schaftsrates und des Reichswehrministeriums wurden angenommen.

Beim Nachtragssatz des Reichsjustizministeriums fragte Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) den neuen Reichsjustiz- minister, wie er sich zu dem Entwurf der neuen Straf- rechtsreform stelle.

Reichsjustizminister Dr. Heineke erklärte: Bei der Justiz- reform müssen, wie bei allen Reformen, wirtschaftliche Gesicht- punkte und finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden. Die Justiz soll nicht vom sozialen Leben getrennt werden. Der Notlage der Rechtsanwaltschaft werde ich meine volle Aufmerksamkeit zuwenden. In der Frage des Ehescheidungs- verfahrens müssen wir mit den Gewissensbedenken großer Volksteile rechnen, die wir nicht vor den Kopf stoßen wollen.

(277. Sitzung.)

OB. Berlin, 6. Dezember.

An der Spitze der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand die Feuerungsinterpellation der Sozial- demokraten. Sie soll nach der Erklärung eines Regierungs- vertreters in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden. Dann wandte sich das Haus, das eine sehr schwache Besetzung aufwies, der ersten Beratung der Novelle zum Gesetz über die

Beschäftigung Schwerkrriegsbeschädigter

zu. Arbeitsminister Dr. Brauns leitete die Verhandlungen mit einer Rede ein, worin er mitteilte, daß gegenwärtig rund 350 000 Schwerkrriegsbeschädigte in Deutschland vorhanden sind und daß 17 000 von ihnen ohne Arbeit sind. Die Beschäftigung der Schwerkrriegsbeschädigten habe zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht geführt. 22 000 freie Arbeitsstellen können nur deshalb nicht besetzt werden, weil die nötigen Wohnungen nicht zu be- schaffen sind. Der Minister schloß mit der Erklärung, daß das Gesetz sich im allgemeinen bewährt habe und daß deshalb seine allgemeinen Grundlagen in der Novelle nicht verlassen worden sind. Die Novelle regelt endgültig die Kündigungsbeschrän- kung für Schwerkrriegsbeschädigte.

Abg. Budjuhn (Deutschn.) beantragte, den Entwurf dem Kriegsbeschädigtenausschuß zu überweisen, und das Haus be- schloß demgemäß. Darauf wurde die 2. Lesung des 7. Nachtrags zum Reichshaushaltsplan fortgesetzt, und zwar beim

Reichsverkehrsministerium.

Darauf hielt der Abg. Goellwein (Komm.) eine längere Rede gegen die Bestrebungen, die Reichseisenbahn in den Privat- betrieb überzuführen.

Ferner wünschte der Abg. Knieß (Demokrat) im Interesse der ärmeren Bevölkerung eine Verminderung der Fahrpreise vierter Klasse. Dafür könnten die Ausländer bei der Be- nutzung der Eisenbahn mit höheren Fahrpreisen herangezogen werden. Darauf wurde der Nachtragssatz unverändert ge- nehmigt.

Nachdem noch die Novelle zum Reichswahlgesetz, die eine Verkleinerung der Wahlkreise bringt, ohne Auseinandersetzung einem Ausschuss überwiesen worden war, vertagte sich das Haus auf Donnerstag.

ren habe fortsetzen lassen. Infolgedessen seien die Angeklagten des gemeinshaftlichen Mordversuchs überführt. Beim Strafmaß sei zu berücksichtigen gewesen, daß die Angeklagten keine Reue gezeigt hätten. Ob sie von dritter Seite angegriffen worden sind, wisse man nicht, aber es sei höchst wahrscheinlich. Die bürgerlichen Ehrenrechte mußten den Angeklagten aberkannt werden, weil sie einen friedlich gestimmten Bürger im Gegenwart seiner Tochter und seiner Eltern aus dem Hinterhalt überfallen hätten: das sei unter allen Umständen ein ehrloses Verbrechen. Die Angeklagten nahmen das Urteil und seine Begründung teil. *a h m s l o s* entgegen.

Soziales und Provinzielles.

Halver, 8. Dezember 1922.

□ **Ferienverlängerung in Preußen.** Der preussische Kultusminister hat bestimmt, daß die Gesamtdauer der Ferien für Preußen, die bisher 80 Tage betrug, künftig auf 85 Tage im Jahre festzusetzen ist. Mit Rücksicht auf die Knappheit und die Teuerung der Heizstoffe werden diesmal die fünf Tage den Weihnachtsferien zugelegt. In Zukunft haben sie mit Rücksicht auf die Schülerwanderungen, Ausflüge und sportliche Veranstaltungen in erster Linie den Pfingstferien zuzurechnen, die so festzusetzen sind, daß die ganze Woche nach dem Pfingstfest unterrichtsfrei ist. Der Minister hofft, daß auch die Tagungen von Lehrern und Lehrerverbänden künftig nur noch innerhalb der Ferienzeit abgehalten werden.

□ **Neue Frachtbrieft.** Das jetzt gültige Frachtbrieftmuster von 1921 kann nach einer Verfügung des Reichsverkehrsministers noch bis zum 1. Januar 1924 benutzt werden. Die Versender können sich daher unbedenklich wieder einen Vorrat von Frachtbriefen drucken lassen. Dagegen wird der Ausdruck verkleinert und doppelte bedruckte Frachtbrieft nicht mehr genehmigt. Die vorhandenen Frachtbrieft dieses Musters und die gewöhnlichen großen Frachtbrieft, deren Ausdruck den neuen Bestimmungen nicht entspricht, dürfen vorläufig noch bis zum 31. März 1923 verwendet werden.

□ **Zeitungspreise in Berlin.** Die großen Berliner Zeitungen erhöhen ihre Bezugspreise vom 1. Januar ab auf 2000 Mark im Monat. Auch die Preise für Inserate werden erhöht. So kostet z. B. im Berliner Tageblatt die kleine Anzeigenzeile (der vierte Teil unserer Leserspalte) zukünftig 500 Mark.

—* **Jahrplanänderung.** Der Personenzug 8.20 Uhr abends ab Hagen wird für die Folge an den Eilzug von Elberfeld, der 8.15 Uhr in Hagen einläuft, eine Wartezeit von 20 Minuten haben, sodaß der Anschluß an den Eilzug in den meisten Fällen wohl erreicht wird. — Gleichzeitig teilt die Reichsbahn-Direktion mit, daß die Verspätung des Eilzuges von Elberfeld so weit wie möglich beseitigt werden soll.

—* **hk. Devisenhandel.** Die Handelskammer teilt mit, daß die von ihr vor dem 1. Dezember 1922 ausgestellten Devisenbescheinigungen am 12. Dezember 1922 außer Kraft treten und neue nur solchen Firmen erteilt werden, die regelmäßig Zahlungen nach dem Ausland zu machen haben.

—* **hk. Verwendung von Schecks zur Entrichtung von Ausfuhr bei den Zollkassen:** Die Handelskammer teilt mit: Wie der Reichsminister der Finanzen auf Grund einer Eingabe des Deutschen Industrie- und Handelstages bestätigt, können auch auf andere Banken als die Reichsbank gezogene, nicht von der Reichsbank bestätigte Schecks zur Entrichtung von Ausfuhr bei den Zollkassen verwandt werden.

—* **hk. Kölner Messe:** Die Aussteller-Anmeldungen für die erste Kölner Messe, die im Mai nächsten Jahres stattfindet, sind in den letzten vergangenen Wochen so zahlreich eingegangen, daß das dritte Tausend bald erreicht sein wird. Ausstellungsplätze sind vom Messeamt noch nicht vergeben worden. Damit kann erst begonnen werden, wenn eine Uebersicht über den Umfang des von den verschiedenen Geschäftszweigen beanspruchten Ausstellungsraumes gewonnen ist. Voraussichtlich wird die Platzverteilung nicht vor dem 1. Februar 1923 vorgenommen werden, um nachträgliche Umgruppierungen möglichst zu vermeiden.

—* **hk. Vorsticht im Handelsverkehr mit Frankreich.** Nach § 18 des Anhangs 2, Teil 8, des Versailler Vertrages hat Frankreich das Recht, jederzeit die Beschlagnahme deutscher Guthaben in Frankreich vorzunehmen. Auf eine Anfrage des Zentralverbandes der nordfranzösischen Wiederaufbauvereinigungen, ob die französische Regierung geneigt sei, die Aufhebung dieser Vertragsklausel vorzunehmen, da sie eine ernsthafte Aufnahme des deutsch-französischen Warenverkehrs unmöglich mache, erklärte die französische Regierung, daß sie keine Veranlassung sehe, die erwähnte Vertragsklausel aufzuheben.

—* **hk. Einstellung des Postscheckverkehrs zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland.** Nach einer Mitteilung der Regierungskommission des Saargebietes werden bei den Postanstalten des Saargebietes vom 1. Dezember ab Einzählungen mit Zahlkarte auf Konten bei den deutschen Postscheckämtern nicht mehr angenommen und Auszahlungen auf Grund von Zahlungsanweisungen, die von deutschen Postscheckämtern herührten, nicht mehr geleistet werden. Infolgedessen werden auch die im Saargebiet durch Nachnahme oder Postauftrag eingezogenen Beträge nicht mehr mit Zahlkarte auf Konten bei den deutschen Postscheckämtern überwiesen werden. Zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland wird hiernach vom 1. Dezember ab der Zahlungsverkehr auf Postanweisungen und Wertbrieft beschränkt.

—* **Halver, 6. Dez.** Auf das Inserat der hiesigen Nachbarschaft betr. Einzahlung der rückständigen Beiträge sei auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht.

—* **Halver, 7. Dez.** Die Nachbarschaft Kreisch und Umgegend hält am kommenden Sonntag eine Versammlung ab. (Siehe Inserat.)

+ **Schalksmühle, 7. Dez.** Zu dem bereits gemeldeten schweren Diebstahl bei dem Kaufmann Hugo Wehberg und in dem Schuhgeschäft Karl Pfeil, wo bekanntlich durch das schnelle Hinzufassen des Oberlandjägers Groß die Diebe nach Verlauf einiger Stunden schon alle namentlich bekannt waren, einer der Täter E. 3. aus Lüdenscheid daraufhin am Montag morgen aus dem Bett seiner elterlichen Wohnung heraus verhaftet wurde, gelang es dem Beamten auch den zweiten Täter, G. E., ebenfalls aus Lüdenscheid, der flüchtig

war, am gleichen Tage hier festzunehmen. S. holte sich am Montag abend sein noch unter der Rampe am hiesigen Bahnhof versteckt gehaltenes Diebesgut, welches er auf einmal nicht fortzubringen vermocht hatte, und daher dort versteckt hatte, ab. Hierbei wurde er beobachtet und der Oberlandjäger von dieser Wahrnehmung in Kenntnis gesetzt. Der Beamte besetzte mit einigen beherzten Bürgern den Bahnhof und verständigte telephonisch die Station Dahlebrück, da nach der Vermutung des Beamten dieser abgefeimte Dieb den Schalksmühler Bahnhof meiden würde. Die Vermutung war richtig, denn kurz bevor der Zug 6.37 Schalksmühle verläßt, wurde von Dahlebrück auch schon gemeldet, daß ein Herr, auf den die Beschreibung so ziemlich paßte, sich eine Fahrkarte 2. Klasse nach Dortmund gelöst und die Sperre bereits passiert hätte. Oberlandjäger Groß ließ sich mit dem Zuge nach Dahlebrück mitnehmen und konnte den Herrn Spitzbuben, als er im Begriff war, in dem Abteil einzusteigen, festnehmen und eine Kiste Margarine, die er bei sich trug, beschlagnahmen. Dieser Herr Spitzbube im Gehrock und Lackstiefe, seidene Strümpfe soll ein vielbegehrter Mensch sein, der von vielen Behörden wegen Einbrüche gesucht wird. S. wurde dem Amtsgericht Lüdenscheid zugeführt.

— **Schmidthausen b. Halver, 7. Dez.** Am Samstag nachmittag findet im Lokale des Herrn Gräse hier selbst eine dringende Versammlung des Bienenzüchter-Vereins statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich, da es sich um Zuckerbestellung für 1923 handelt. (Siehe Inserat.)

An unsere Postabonnenten,

die bereits den Bezugspreis für Monat Dezember bei der Post eingezahlt haben.

Der Bezugspreis der Zeitung mußte durch die ungeheuren Steigerungen des Papierpreises und der gesamten Herstellungskosten für den Monat Dezember auf 250.— Mk. festgesetzt werden. Das ergibt gegenüber dem bisherigen Bezugspreis von Mk. 150.— einen

Mehrbetrag von Mk. 100.—
für den Monat Dezember.

Diesen Unterschiedsbetrag von Mk. 100.— bitten wir uns nachträglich mittels beigefügter Zahlkarte auf unser Postscheckkonto Dortmund Nr. 2941 einzuzahlen. Diejenigen Abonnenten, welche die früher verlangte Nachzahlung für den Monat November und Dezember mit je 65 Mk. = 130.— Mk. noch nicht gezahlt haben, werden hiermit nochmals daran erinnert.

Wir bitten unsere verehrlichen Postbezieher unserer Bitte recht bald nachzukommen, da wir im anderen Falle die Lieferung am 15. Dezember einstellen müssen. Es ist das letztmal, daß wir unsern Bezieher die Mühe des Einsendens machen müssen, da ab 1. Januar die einmonatliche Bezugszeit seitens der Post eingeführt wird.

Der Verlag.

Sitzung der Amtsvertretung Halver.

+ Halver, 6. Dezember.

Die gestrige Sitzung, die auf Antrag der Amtsverordneten Finner, Jaeger und Rappes stat fand, war von kurzer Dauer. In der Hauptsache handelte es sich um den Beschluß der Amtsversammlung vom 9. August, der bis heute noch nicht zur Ausführung gekommen ist, betr. Vermietung der freigebliebenen Räume des Versorgungshauses. — Der 1. Amtsbeigeordnete Alfred Winkhaus eröffnete die Sitzung und übergab dem 2. Amtsbeigeordneten Beuder den Vorsitz. Der 1. Punkt betraf die Einführung eines neuen Amtsverordneten. Der von der Gemeindevertretung, anstelle des ausgeschiedenen Eisenbahnsekretärs Köhler, gewählte Protokurist Heinr. Finner wurde vom Vorsitzenden in sein neues Amt eingeführt und durch Handschlag an Eidesstatt auf dasselbe verpflichtet.

2. Bürgschaftsübernahme für ein Darlehn der Landesversicherungsanstalt für die Durchführung der Siedlungsbauten. Im Ganzen sind 18 Heimstätten in Angriff genommen, davon entfallen auf die Gemeinde Halver 16 und auf die Gemeinde Schalksmühle 2 Bauten, jedes Bauvorhaben soll mit 60 000 Mk. beliehen werden, das macht für die Gemeinde Halver 960 000 Mk. und für die Gemeinde Schalksmühle 120 000 Mk. Das geliehene Kapital soll mit 4 1/2% verzinst und mit 3 1/2% getilgt werden. Die Landesversicherungsanstalt gibt das Darlehn nur an das Amt und nicht an die Gemeinden, aus diesem Anlaß hat die Amtsvertretung die Bürgschaft zu übernehmen. Vertretung übernimmt die Bürgschaft.

3. Bürgschaftsübernahme für ein Reichsdarlehn. Die Reichsregierung, die für die Durchführung der Bauvorhaben Reichsdarlehen gegen 7% Verzinsung und Rückzahlung bis zum 30. September 1923 ausgibt, hat dem Amt Halver auf Antrag 250 000 Mk. bewilligt. Vertretung übernimmt für dieses Darlehn die Bürgschaft.

4. Antrag der Amtsverordneten Finner, Rappes und Jaeger betr. die Ausführung des Beschlusses der Amtsvertretung vom 9. Aug. d. Js. Der Vorsitzende gibt in ausführlicher Weise den Beschluß der Amtsversammlung vom 9. 8. und die bisher getroffenen Maßnahmen der Verwaltung bekannt. Der Beschluß läßt vor, den Anstaltsbetrieb des Versorgungshauses in beschränktem Umfang unter Leitung einer Schwester aufrecht zu erhalten. Dies sei geschehen. Gibt die Verhandlungen mit dem Bielefelder Schwesternhaus bekannt, und daß die jetzige Leitung nur ein Provisorium sei bis zum 1. 4. 23. Die Verwaltung habe geglaubt, nach dem Beschlusse der Amtsvertretung würden sich die Zahl der Hausinsassen, die bisher nur aus der alten Frau Glörfeld und 4 Kindern bestände, bedeutend

vermehrten und habe daher eine abwartende Stellung eingenommen. Dies sei nun nicht geschehen. Die Verwaltung habe sich weiter gesagt, sie könnte das Verantwortungsfeldgefühl nicht übernehmen, wenn Privatpersonen mit der von der Verwaltung eingeleiteten Pflgerinnenbetrieb unter einem Dache wohnen. Der Verwaltungsbetrieb könnte gefährdet werden bei dem Zugang der vielen Privatpersonen. Jede Vertretung müsse daher bestrebt sein, das Verantwortungsfeldgefühl der Verwaltung zu stärken. Ein weiterer Hinderungsgrund sei ein Antrag der Krankenkasse, die im Versorgungshaus eine Unterkunftsstätte für Leichtkranke errichten wolle. Amtsbaumeister Beuder gibt die Verhandlungen, die er mit dem Geschäftsführer der Krankenkasse gepflogen habe, bekannt. Die Verwaltung habe vorgeschlagen, die Krankenkasse solle den Betrieb des Versorgungshauses unter Leitung einer Schwester übernehmen und gleichzeitig die Ortsarmen und Pflger bedürftigen Kinder des Amtes mit übernehmen, für letztere sei das Amt bereit eine entsprechende Entschädigung zu zahlen. Er lege es der Vertretung anheim, nach den vorgetragenen Gesichtspunkten ihre Beschlüsse zu fassen. Vertreter Finner erhebt Beschwerde, daß der Beschluß der Amtsversammlung vom 9. 8., nachdem nunmehr 3 Monate verstrichen, noch nicht durchgeführt worden sei. Die öffentliche Meinung sei hierüber sehr empört. Dem Antrage der Krankenkasse müsse er widersprechen, vor 15 Jahren sei das alte Krankenhaus geschlossen und heute komme man mit dieser Forderung. Der Anstaltsbetrieb sei so auszuführen wie der Beschluß vom 9. 8. es belege. — Vertreter Jaeger spricht sich ebenfalls für die Aufrechterhaltung und Durchführung des Beschlusses aus. Wer die Vorgeschichte mit dem alten Krankenhaus kenne, der müsse erstaunt sein, über den Antrag der Krankenkasse. Das Versorgungshaus sei ein Gemeindehaus und kein Krankenhaus, er lehne den Antrag der Krankenkasse rundweg ab. Vorsteher Fernholz spricht sich ebenfalls über den Antrag der Krankenkasse ablehnend aus und bittet den damaligen Beschluß zur Ausführung zu bringen. Vorsteher Groll fragt an, ob das Haus für Privatwohnungen eingerichtet sei. Der Vorsitzende erklärt hierzu, daß sich die wenigen Umänderungen mit verhältnismäßig wenigen Kosten bewerkstelligen ließen, Vertretung ist einmütig der Ansicht, daß der Beschluß vom 9. 8. aufrecht erhalten bleiben solle. Der Vorsitzende verspricht die Durchführung alsbald in die Wege zu leiten. Damit war die öffentliche Sitzung erledigt, es folgte eine geheime Beratung.

Weistfälischer Provinziallandtag.

□ Münster, 5. Dez. 1922.

Der Oberpräsident Gronowski eröffnete den Provinziallandtag mit folgender Begrüßungsansprache:

Meine Damen und Herren!

Die wirtschaftliche Not der Provinzialverwaltung und deren Anstalten ist die Ursache der heutigen kurzen Tagung. Keine Verwaltung ist in diesen Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit und schnellen Geldentwertung im Stande, ihren Haushaltsplan zu Beginn des Rechnungsjahres so aufzustellen, daß er auch nur einige Monate Geltung haben könnte. Als Sie, meine Damen und Herren am 21. Mai d. Js. sich hier zu Ihrer ordentlichen Tagung versammelten, stand der Dollar auf 325 Mk. und heute steht er auf 8250 Mk. Diese Zahlen lassen mit erschreckender Deutlichkeit unsere Armut und Not erkennen; gleichzeitig aber auch die große Arbeitslast, die allen Verwaltungen durch diese Geldentwertung aufgebürdet worden ist.

Die beispiellose Teuerung in unserem Vaterlande drückt am stärksten jene Volksschichten, deren Einkommen nicht nach dem Dollarstande berechnet werden kann: Dies sind die Beamten Angestellten und Arbeiter. Aber nie hat die Welt eine Not gesehen, so groß wie sie bei unseren Sozial- und Kleinrentnern vorhanden ist. Die Reichs- und Staatsregierung hat der Provinz Westfalen für die darbedenden Rentenbezieher Mittel zur Verfügung gestellt, von denen 52 Millionen an die Kleinrentner und 40 Millionen an die Sozialrentner verteilt worden sind. Hierzu kommen noch die pflichtmäßigen Zuschüsse der Gemeinden oder der Berufsvereinigungen und Versicherungsanstalten.

Trotz der wirtschaftlichen Not verzweifeln wir nicht! Mit Dank muß anerkannt werden, daß die Kohlenförderung steigt; der Eisenbahnverkehr erinnert an die Friedenszeit; die Postbestellungen erfolgen pünktlich und der entschlossene Wille durch Arbeit, Ruhe und Ordnung dem Vaterlande aus der Not zu helfen ist bei der übergroßen Mehrheit des Volkes vorhanden. Möge jeder Staatsbürger durch rechtshaffene Arbeit, durch Opfergegnung und Ehrlichkeit die Not des bevorstehenden grausamen Winters mildern helfen. Das sind aber auch die Tugenden und Pflichten, die Deutschland gesund machen werden.

Seit ihrem letzten Zusammensein sind zwei Ereignisse eingetreten, die für die Provinz Westfalen unerseßlichen Verlust bedeuten.

Das eine ist die Lostrennung der Gemeinden Langerfeld und Nächstebreck.

Wenn es auch wirtschaftliche Notwendigkeit gewesen sind, welche die Staatsregierung und die Mehrheit des preussischen Landtags zu dem Beschluß veranlaßt haben, die beiden Gemeinden der Stadt Barmen einzuverleiben, so kann ich doch nicht umhin, denjenigen Bevölkerungsteile, denen es schmerzhaft ist, ihre angestammten Beziehungen zerrissen zu sehen mit dem Wunsch zu gedenken, daß die nunmehr eingemeindeten Teile auch in ihrem neuen Verbands in der Blüte fortleben mögen, zu der sie sich in der Provinz Westfalen entwickelt hatten.

Zum andern glaube ich, daß die Mehrheit dieses Hauses es mit mir tief bedauert, daß es unseren Bemühungen nicht gelungen ist, das Volkswangmuseum in Hagen der Provinz zu erhalten. Es ist für die Provinz Westfalen und die Stadt Hagen sehr betrübend, daß diese für die Pflege der Kultur so bedeutsame Sammlung aus ihrer Geburtsstadt verpflanzt worden ist, und nur das kann uns ein Trost sein, daß wir zu

der Stadt, die sich als wirtschaftlich stärker erwiesen hat, zu der Stadt Essen in freundschaftlichen Beziehungen stehen und auch dort der westfälischen Bevölkerung Gelegenheit geboten ist, die Segnungen dieses Kulturwerkes zu genießen.

Meine Damen und Herren! Unsere Schwesterprovinz, das Rheinland, insbesondere das linksrheinische Gebiet, hat mehr als 4 Jahre hindurch den Krieg und seine Folgen in weit größerem Maße erlitten müssen als wir. Der unglückliche Ausgang des Krieges brachte den Rheinländern neue Leiden und Opfer. Das linke Rheinufer ist von den ehemaligen Feinden besetzt worden mit der Absicht, 15 Jahre auf deutschem Boden zu bleiben! Vier Jahre sind davon vergangen. Für die deutschgesinnte Bevölkerung eine Ewigkeit. Jede Demütigung und Seelenqual bringt das deutsche Rheinland als Opfer auf den Altar des Vaterlandes. Neue Drohungen und Forderungen haben die Rheinländer aller Parteien beantwortet mit einem Treuegelöbnis zu Deutschland! Für diese treue, vaterländische Gesinnung danken wir unseren Brüdern und Schwestern der Nachbarprovinz, Rheinland und Westfalen, Westfalen und Rheinland und ganz Deutschland gehören zusammen und gemeinsam wollen wir Kreuz und Leid tragen helfen den deutschen Brüdern und Schwestern am Rhein! Nicht nur durch Wort und Lied sondern durch die Tat, durch eine warmherzige Tat müssen die Westfalen den Rheinländern helfen; sie stützen und stärken im Kampf für ein ungeteiltes deutsches Vaterland!

Die Heimat und Vaterlandsliebe und das Wohl des gesamten Volkes möge ihnen Ziel und Richtung geben bei ihren Verhandlungen. Namens der Staatsregierung die ihnen diesmal keine Vorlage zugehen läßt eröffne ich den 66. Westfälischen Provinzialtag.

Kleine Nachrichten.

Krankentassen und Ärzte.

Berlin. Bei den Schwierigkeiten, die sich in der letzten Zeit in dem Verhältnis zwischen Krankentassen und Ärzten bemerkbar gemacht haben, ist zu befürchten, daß bei einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage die ärztliche Versorgung der Krankentassenmitglieder in Frage gestellt wird und eine Gefährdung der Volksgesundheit entsteht. Um ein Gutachten des Landesgesundheitsamtes darüber zu erhalten, ob und welche Maßnahmen erforderlich sind, um einer drohenden Gefährdung der Volksgesundheit zu begegnen, hat der Minister für Volkswohlfahrt eine Reihe von Mitgliedern des Landesgesundheitsrates zu einer Beratung auf Sonnabend, den 20. Januar 1923 eingeladen.

Ausweisung von Ausländern.

DA Berlin. Die immer größer werdende Wohnungsnot zwingt dazu, freizubehaltenen Wohnraum in erster Linie nur noch für Ausländer bereit zu halten. Ein Rundschreiben vom 21. Oktober 1921 enthält deshalb eine neue, diesen Verhältnissen Rechnung tragende Fassung, wozu der Minister des Innern bemerkt: In Zukunft ist also die Ausweisung von Ausländern wegen Zuwanderung gegen die bestehenden Wohnungsnotvorschriften auch dann zulässig, wenn er sich nach dem 1. 1. 1923 unbefristet in

den West nicht, verständiger Wohn- und Geschäftsräume" festgestellt hat. Zur Behebung entstandener Zweifel über die Auslegung des bisher gewährten Mißbrauchs "selbständige Wohn- oder Geschäftsräume" sei noch darauf hingewiesen, daß die Beurteilung je nach Lage des Einzelfalles unter Berücksichtigung der tatsächlichen Wohnverhältnisse zu erfolgen hat.

Vor der endgültigen Grenzziehung in Oberschlesien.

Breslau. Am 19. d. Mts. wird in Oberschlesien die endgültige Grenzfestsetzung erfolgen. Innerhalb der Grenzfestsetzungskommission spielen sich augenblicklich harte Kämpfe ab. Nach der provisorischen Grenzziehung sollen die Charley-Grube und die Delbrück-Schächte bei Deutschland verbleiben. Von polnischer Seite werden jedoch insbesondere auf die Charley-Grube Anspruch erhoben. Wie die Entscheidung ausfallen wird, ist vorläufig noch sehr zweifelhaft.

Der neue Präsident von Uruguay.

London. José Serrato, der frühere Finanzminister, ist zum Präsidenten der Republik Uruguay gewählt worden.

Amerika zu Poincarés Plänen.

London. Staatssekretär Hughes hat, wie in politischen Kreisen verlautet, durch den englischen Botschafter in Amerika der englischen Regierung mitteilen lassen, daß Amerika zu der bevorstehenden Brüsseler Konferenz sich zurückhaltend stellen müsse, angesichts des peinlichen Eindruckes, den die bisher bekanntgewordenen französischen Pläne auf die amerikanische Regierung gemacht haben. Amerika würde England bei der Lösung der Reparationsfrage nur dann unterstützen können, wenn diese nach friedlichen wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolge.

Schweizer Urteil über Versailles.

Bern. Im Nationalrat stand die Rheinfrage zur Erörterung. Die Ausschussmehrheit stellte folgenden Antrag: Die Bundesversammlung nimmt in zukünftigen Sitzungen Kenntnis von den vom Bundesrat in der Rheinfrage, insbesondere in Bezug auf die Teilnahme der Schweiz an der Rhein-Zentralkommission, beschlossenen Maßnahmen. Die Kommission stellt fest, daß die Rechte des Rheins im Versailler Vertrag verewaltigt worden seien. Daran sei nichts mehr zu ändern. In der Abstimmung wurde der Antrag der Ausschussmehrheit angenommen.

60 verbannte Georgier auf dem Wege nach Berlin.

Riga. 60 verbannte Georgier, darunter verschiedene frühere Minister und Mitglieder der Nationalversammlung, Offiziere, Studenten, Lehrer, Bauern und Arbeiter, die hier eingetroffen waren, haben Riga verlassen, um sich nach Berlin zu begeben. Alle Verbannten waren mehrere Monate in Zistis in Gefangenschaft.

Eine scharfe Note Russlands an die Türkei?

Helsingfors. Hier sind Meldungen aus Moskau eingetroffen, nach denen zwischen den Regierungen von Moskau und Angora ernste Meinungsverschiedenheiten entstanden sein sollen. Es handelt sich um die Aufhebungsbewegung im Kaukasus, derwegen die Sowjetregierung eine sehr scharfe Note an die Türkei gesandt haben soll. Darin wird Aufforderung darüber gefordert, wie es komme, daß die Russlands durchweg mit türkischen Waffen und türkischer Munition versehen seien. Die Note beschuldigt die Türkei, die Aufhebungsbewegung unterstützt zu haben.

Vom Lebensmittelmarkt.

* Butterpreise in Berlin. (Großhandelspreise.) Einfaßbutter pro Pfund inkl. Faß frei Berlin: I. Qualität 1250 M., II. Qualität 1000—1100 M.

* Lebensmittelpreise im Berliner Kleinhandel. Berlin, 6. 12. Die Preise für das Pfund in Mark betragen: Rindfleisch 400—600 (Kleinfleisch), Kalbfleisch 420—550 (Kleinfleisch), Sammel-

fleisch 480—650 (Kleinfleisch), Schweinefleisch 600—800 (Kleinfleisch), Meiereibutter 1450—1600, Margarine 920—1200, Schmalz 1300 bis 1400, Rindertalg 1100, Pflanzenfett 940—1100, Speisefett 750—780, Kaffee, geröstet 250—3700, Tee 1500—3500, Kakao 900—1600, Zucker 175—180, Mehl 210—250, Eier, das Stück 75—80 Mark.

Börse und Handel.

Wieder 110 Milliarden neue Banknoten.

Der beim Schluß des Monats November an die Reichsbank herangetretende Bedarf an Kredit und Zahlungsmitteln ist wieder außerordentlich hoch gewesen. Nach dem Ausweis vom 30. November sind die Höchstsätze abermals überschritten worden, sodaß für 110,3 Milliarden Mark neue Banknoten in Umlauf gesetzt werden mußten. Der gesamte Banknotenumlauf ist damit auf 754,1 Milliarden Mark angewachsen.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze	6. 12. gesucht	angeb.	5. 12. gesucht	angeb.	Stand 1. 9. 11
Holland 1 Gulden	8341,82	8353,28	8336,63	8353,87	1,70 M
Dänemark 1 Krone	1720,68	1729,32	1695,75	1704,25	1,12
Schweden 1 Krone	2284,52	2275,48	2254,35	2265,65	1,12
Norwegen 1 Krone	1581,08	1588,92	1556,10	1562,90	1,12
Schweiz 1 Frank	1571,08	1578,94	1561,08	1568,92	0,80
Amerika 1 Dollar	8301,46	8433,54	8354,06	8395,94	4,20
England 1 Pfund	38154,87	38345,03	37905,5	38095,5	20,40
Frankreich 1 Franc	51,04	539,98	573,58	576,44	0,80
Belgien 1 Franc	535,15	539,85	536,15	538,85	0,80
Italien 1 Lira	418,96	418,04	418,45	418,55	0,80
Österr. 100 Kron.	11,77	11,88	11,72	11,74	85,00
Ungarn 1 Krone	8,59	8,61	8,61	8,63	0,85
Schweden 1 Krone	234,93	265,67	262,34	262,68	

Stand der Polenmark am 6. Dezember 47,75 M.

* Berliner Produktmarkt. Berlin, 6. 12. (Nichtamtlich.) Weizen 15 400—15 600, Roggen 13 400—13 000, Hafer 14 000—14 200, Sommergerste 12 500—13 500 pro 50 Kilogramm. Weizenmehl 39 000—45 000, Roggenmehl 35 000—36 000 pro 100 Kilogramm, drahtgebr. Weizen- u. Roggenstroh 5900—6100, drahtgebr. Haferstroh 5800—6000, bindfadengebr. Weizen- und Roggenstroh 5200—5300, geb. Roggenlangstroh 5500—5800, lose geb. Krummstroh 5100—5200, Häcksel 6400—6600, Handelskühl. Heu 4000—4300, gutes Heu 4400—4600, Trockenheu 6400 bis 6600, Raps 23 000—26 000, Rapskuchen 9100—9600, Reisfütter-mehl 9000—11 000, Ackerbohnen 15 000—16 000, Viktoriaerbsen 27 000—29 000, H. Erbsen 24 000—25 000 pro 50 Kilogramm. Melasse-Lor 4000, Weizenkleie 7300, Viehfutter 7400, Erber 7200, Haferkleie 6900, Haferflocke 6700, Strohmehl 5200, Palmkernschrot 7300 pro 50 Kilogramm einschl. Verpackung. Alles ab Verladeestation.

Rölnener Frühdevisen. Der Dollar — 8300.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Dezember 250,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezieher und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute morgen 8 Uhr entschlief sanft, nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute, unvergessliche Mutter, Schwiegermutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Wilh. Verse

Alwine-geb. Kubbier
im 60. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz:

Familie Wilh. Verse.

Linden b. Grünenbaum und Kierspe,
den 6. Dezember 1922.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 9. Dezember, nachm. 2 Uhr vom Sterbehaus aus statt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtigster Anteilnahme beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wwe. Agnes Hemicker.

Die Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz für die Gemeinden Halver und Schalksmühle liegen im Amtshause, Zimmer Nr. 9 und beim Gemeinde-Vorsteher Groll in Schalksmühle 4 Wochen lang zur Einsicht offen.

Abschriften werden gegen eine Gebühr von 20.— M. abgegeben.
Halver, 5. Dez 1922 Der Amtmann.

Das beste Weihnachts-Geschenk ist ein gutes Buch.

Rud. Herzog:
Die Wolkenkamps und ihre Frauen,
Die Wiskottens,
N. Jünger:
Hof Bokels Ende,
Die größte unter ihnen,
Der Pfarrer von Hohenheim,
Speckmann:
Der Auerbe,
Das goldene Tor,
F. Rose:
Die Eicks von Eichen,
Paul Keller:
In fremden Spiegeln,
L. Ganghofer:
Hubertusland,
W. Geißler:
Hütten im Hochland,
W. Raabe:
Der Hungerpastor,
Unseres Herrgotts Kanzlei usw.

Jugendschriften:
Erchen der Eigensinn,
Friedel Pollen u. ihre Rangen,
Die Vollrads in Südwest,
Ein tapferes Mädchen,
Papap Junge,
Klein-Großchen,
Von der Lach-Elis u. anderen,
Der gute Kamerad,
Das Kränzchen usw.
Schriften von H. Löns:
Aus Forst und Flur,
Mummelmann,
Ho' Rüd' hoh,
Die Häuser von Ohlenhoff,
Der Wehrwolf,
Das zweite Gesicht,
Mein goldenes Buch,
Der kleine Rosengarten,
Mein braunes Buch,
Junglaub usw.

sind vorrätig.

Buchhandlung Wilhelm Bell jr.,

Halver i. W. — Kirchstr. 5.

— Fernsprecher Nr. 42. —

Evangel. Kirchengemeinde Halver.

Einladung zur
Sitzung der größeren Gemeinde-Vertretung
am Samstag, den 9. ds. Mts., nachm. 3 Uhr
im Konfirmandenhaus.

Tagesordnung:
Teuerungszulagen für den Küster und die Organisten.
Gegebenenfalls Verschiedenes.

Wenn diese Sitzung nicht beschlußfähig ist, findet am folgenden Tage im Anschluß an den Gottesdienst eine neue statt, die auf alle Fälle beschlußfähig sein soll.
Halver, den 5. Dezember 1922.
Der Vorsitzende: D. Dressbach

Wir kaufen
Geruch - Hafer
gegen sofortige Kasse und
tauschen auch
gegen Weizenmehl
Bäuerl Bezugs- u. Absatz-
genossenschaft Kierspe-Vhf.

Korbwaren

empfiehlt
Wilh. Bell jr., Halver.

Trotz steter Preissteigerung habe einen großen Posten

hochfeine reinwollene Herren-Anzüge

auf Wollserge gearbeitet in allen Größen u. Farben

Preis 23000 bis 65000 Mark.

Die Anzüge sind sehr preiswert, da dieselben nur aus den besten Stoffen gearbeitet sind.

Gardeweg, Kreuzberg
b. Wipperfurth.

Unter dem Viehbestande des Landwirts Otto Clever in Ehringhausen ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Ueber das genannte Gehöft ist die Sperre verhängt.

Halver, 4. Dez 1922
Der Amtmann.

Moderne
Damen- und Herren-Garderoben

kaufen Sie vorteilhaft auch auf

Teilzahlung

im

Bekleidungshaus

„Westfalia“.

Hagen i. W.,
Elbers-Ufer 10, 1968
Eingang Haidenstr.

Nachbarschaft Halver.

Die säumigen Mitglieder werden dringend gebeten, ihre Beiträge am Sonntag, den 10. Dezember, von mittags 1 bis 4 Uhr zu entrichten, andernfalls werden dieselben auf Kosten der Mitglieder eingezogen.

Der Vorstand.

Nachbarschaft Kierspe und Umgegend.

Sonntag, den 10. Dez., nachm. 4 Uhr

Verammlung.

Bienenzucht-Berein

Schmidthausen-Bommert.

Samstag, den 9. Dez. nachm. 4 Uhr

dringende

Verammlung

im Vereinslokal Schmidthausen.

Der Vorstand.

Hotel Cramer,

Kierspe-Vhf.

Freitag, den 8. Dez. abends 8 Uhr findet ein

Verammlung

von Freunden des Schneeschuhportes statt.

Sterbekasse Anschlag

Sonntag, den 10. Dez. 1/5 Uhr nachmittags:

Angehörigkeits

Generalversammlung

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Rechnungen werden von 5 Uhr ab entgegen genommen.

Samstag morgen erhalte ich

Schweine

Hugo Kierspe, Halver

Telefon 52.

Büstenkarten liefert schnell u. billig die

Buchdruckerei Wilh. Bell jr. Halver.